

D-1NEU Größtmögliche Transparenz bei der Aufklärung des BASF Unfalls - Für eine verantwortungsvolle und sichere Chemieindustrie

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Jutta Paulus (KV Neustadt/Weinstr.), Freia Jung-Klein (KV Kaiserslautern-Land), Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich), Klaus Puchstein (KV Ahrweiler), Annelie Scharfenstein (KV Westerwald), Marianne Brunner (KV Landau), Christoph Richter (KV Ahrweiler), Ingrid Lambertus (KV Mainz), Diethmar Rieth (KV Suedwestpfalz), Ingrid Bäumlner (KV Mayen-Koblenz), Joscha Pullich (KV Cochem-Zell), Susanne Schröer (KV Landau), Georg Schiffer (KV Ahrweiler), Ulrich Bock (KV Mayen-Koblenz), Leo Neydek (KV Rhein-Lahn), Ronald Maltha (KV Mayen-Koblenz), Thomas Beckgerd (KV Mayen-Koblenz), Armin Rau (KV Ahrweiler), Dr. Natalie Wendisch (KV Ahrweiler), Ludwig Stolz (KV Neuwied), Michael Musil (KV Westerwald), Ralf Kauer (KV Rhein-Hunsrück)

Tagesordnungspunkt: 7. Verschiedenes

1 Am Montag den 17. Oktober kam es bei der BASF am Standort Ludwigshafen zu
2 mehreren schweren Explosionen. Dabei kamen drei Menschen ums Leben, mehrere
3 Menschen wurden schwer verletzt. Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz sprechen
4 den trauerenden Angehörigen und Freunden unser tief empfundenes Beileid aus und
5 wünschen den Verletzten eine baldige Genesung

6 Wir danken ausdrücklich den Einsatzkräften, die an diesem und den folgenden
7 Tagen mit vollem Einsatz den Brand löschten und viele weitere wichtige Aufgaben
8 übernahmen. Sie haben durch professionelles Vorgehen Schlimmeres verhindert.

9 Die Verunsicherung der Menschen vor Ort ist groß. In diesem Jahr kam es bereits
10 zu zahlreichen Betriebsstörungen bei der BASF, unter anderem am selben Tag in
11 Lampertheim zu einer Explosion und wenige Wochen zuvor zu einem Zwischenfall mit
12 dem hochgiftigen Stoff Phosgen innerhalb einer Anlage am Standort Ludwigshafen.
13 Auch wenn die Anwohner an die Möglichkeit solcher Vorfälle gewöhnt sind: Das
14 Unglück und die Betriebsstörungen, die der Chemiekonzern in den vergangenen
15 Monaten bekannt geben musste, sind besorgniserregend und verunsichern auch die
16 Anwohner*innen.

17 Die Explosion am 17. 10. 2016 in Ludwigshafen hat einmal mehr die Gefahren der
18 Chemie-Industrie vor Augen geführt. Dies ist für die Anlieger besonders
19 schwierig, wenn sie wie in Ludwigshafen in einem Ballungsgebiet sowohl
20 Arbeitgeber von zehntausenden Menschen ist, gleichzeitig aber Menschen nur
21 wenige Dutzend Meter von hochgiftigen Chemikalien und gefährlichen Prozessen
22 leben.

23 Ein Risiko der Chemieindustrie ist, dass hier bereits kleinste Fehler und
24 Nachlässigkeiten schwerwiegende Folgen haben können, mit Auswirkungen weit über
25 das Firmengelände hinaus. In Deutschland sind die Sicherheitsbestimmungen in der
26 Chemischen Industrie so ausgelegt, dass (in der Technik nie zu 100%
27 vermeidbaren) Störungen beherrschbar sind und sich die Auswirkung auf die
28 nächste Umgebung beschränken. Werden Sicherheitsbestimmen nicht eingehalten,
29 kann dies schwerwiegende Folgen haben. Wir brauchen aber eine sichere und
30 nachhaltige Chemische Industrie, in der alle Vorschriften akribisch bis ins
31 letzte Detail eingehalten und garantiert werden! Die Chemische Industrie ist

32 dauerhaft als „Nachbar“ nur akzeptabel, wenn sie jederzeit die höchstmögliche
33 Sicherheit ihrer Nachbarschaft garantieren kann. Die Gesundheit und der Schutz
34 für die Werksangehörigen sowie Anwohner*innen müssen dabei an erster Stelle
35 stehen.

36 Bündnis 90/Die Grünen in Rheinland-Pfalz drängen seit Jahren immer wieder auf
37 höhere Sicherheitsstandards sowie Investitionen in die Sicherheit bei der BASF
38 und stellen kritische Fragen zu Unfallhergängen im Parlament.

39 Wir begrüßen, dass die Landesregierung umgehend eine lückenlose Aufklärung der
40 jüngsten Vorfälle am Standort Ludwigshafen initiiert hat. Sofort nach den
41 Vorkommnissen wurde durch das Umweltministerium eine Expert*innengruppe bei der
42 SGD-Süd eingesetzt und die Erstellung eines unabhängigen Gutachtens angeordnet.
43 Bündnis 90/Die Grünen begrüßen und unterstützen auch weiterhin jede Form von
44 Initiative der Landesregierung die eine Aufklärung der Vorkommnisse zügig
45 vorantreibt.

46 Wir stellen aber auch gleichzeitig fest, dass die BASF Informationen an die
47 Bevölkerung zwar herausgab, dies aber stark zeitverzögert geschah. Noch Tage
48 nach dem Unglück war von Seiten der BASF unklar, ob und in welchem Umfang
49 Schadstoffe in der Luft gemessen wurden. Wir fordern die BASF auf, alle
50 bekannten Erkenntnisse über mögliche Beeinträchtigungen sowohl im Gewässer, dem
51 Boden und in der Luft offenzulegen. Eine höchstmögliche Transparenz ist das
52 Gebot der Stunde, um die Glaubwürdigkeit für die chemische Industrie am Standort
53 Ludwigshafen herzustellen. Nur so kann die Akzeptanz der innerstädtischen Lage
54 auch zukünftig gewährleistet sein.

55 Darüber hinaus fordern wir die BASF auf, Verantwortung zu übernehmen, die
56 jederzeitige Einhaltung aller gültigen Sicherheitsvorschriften zu gewährleisten
57 und Maßnahmen zu ergreifen, die Störfälle in Zukunft bestmöglich ausschließen,
58 zumindest aber deutlich reduzieren. Das heißt unter anderem, dass

- 59 • bei der Arbeit mit Gefahrstoffen nur bestens ausgebildete Fachkräfte
60 eingesetzt werden dürfen,
- 61 • die umfassende und lückenlose Kontrolle der Einhaltung von
62 Sicherheitsstandards dauerhaft und lückenlos sichergestellt wird,
- 63 • die BASF darlegt, wie der Konzern mit der Alterung von Anlagen umgeht und
64 welche Konzepte er hierzu besitzt,
- 65 • alle nötigen Maßnahmen ergriffen werden, um die höchstmögliche Qualität
66 bei Maschinenteilen sicher zu stellen, um so Fehlerquellen auszuschließen.

67 Gerade vor dem Hintergrund der sich häufenden Vorkommnisse in diesem Jahr ist es
68 die Verantwortung der BASF, dramatische Unfälle wie diesen durch Investitionen
69 in die Sicherheit in Zukunft zu verhindern und nicht an der falschen Stelle zu
70 sparen. Wir erwarten deshalb auch Vorschläge, wie hochgiftige und hochexplosive
71 Stoffe noch sicherer gehandhabt werden können.

72 Klar ist aber auch, dass es kein „Weiter so“ im Umgang mit gefährlicher Chemie
73 geben darf. Wir GRÜNE stehen seit Jahren für eine Abkehr von gefährlichen
74 Stoffen. Wo heute schon möglich müssen Alternativen in der Produktion zum
75 Einsatz kommen. Auch das ist die Verantwortung der BASF.

Begründung

Es ist bei den heutigen technischen Möglichkeiten an einem Standort der großchemischen Industrie ein Unding, dass nach etlichen Stunde keine Informationen der BASF zur Gefährdung der Anlieger vor lag. Die schablonenartige Aussage, dass „Gefährdungen der Bevölkerung nicht messbar“ seien, während diese gleichzeitig zu Schutzmaßnahmen aufgerufen wird, war mehr als beunruhigend.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Begründung der Dringlichkeit:

Der beschriebene Unfall als Auslöser des Antrages war nach Antragschluss.